

Presseerklärung des Aktionsbündnisses „Wir zahlen nicht für eure Krise“

Flashmob direkt am Tatort: im ersten Bremer Schlecker XL-Markt

Rund 150 TeilnehmerInnen bei Protestversammlung in Schlecker-Filiale

Die 150 TeilnehmerInnen der Aktion am Samstagvormittag zur besten Einkaufszeit haben sich zunächst ganz unauffällig im ersten Bremer Schlecker XL-Markt aufgehalten. Um Punkt 11 Uhr traten sie aus dieser Rolle heraus und bildeten eine Versammlung. Das Thema: prekäre Arbeitsbedingungen bei Schlecker XL und anderswo. In kurzen klaren Sätzen kamen viele der TeilnehmerInnen zu Wort.

Die Mindestforderungen an Schlecker bei der Schließung von Filialen und Eröffnung neuer XL-Märkte lauteten: „Das Personal der geschlossenen Filialen muss zu den alten Bedingungen übernommen werden. Die für Schlecker geltenden Tarifverträge müssen auch für XL-Märkte gelten. Schlecker-Betriebsräte müssen auch für XL-Märkte zuständig bleiben“.

Ein Kollege vom Komitee „Wir sind der GHB“ (Gesamthafenbetriebsverein) schilderte: „Lohnkürzungen von 14 bis 18 Euro auf 8 Euro. Davon kann niemand eine Familie ernähren“. Eine Taxifahrerin: „die Leute haben weniger Geld zum Taxi fahren. Manchmal nehme ich in einer Schicht ganze 30 Euro ein“.

„Klar ist, da hilft es nur, wenn viele zusammen stehen, um das zu ändern. Deshalb werden weitere Aktionen folgen – auch beim nächsten XL-Markt, der in Bremen 2010 eröffnet werden soll,“ formulierte eine Aktivistin des Bremer Bündnisses „Wir zahlen nicht für eure Krise“. „Der flashmob heute war ein guter Anfang“.

Nach dem flashmob in der Schlecker-Filiale formierten sich die AktivistInnen zu einem spontanen Demonstrationzug durch die Gröpelinger Heerstraße und Lindenhofstraße.

Anlass der Aktion war das seit ungefähr einem Jahr von Schlecker betriebene Konzept der Schlecker XL-Märkte, um verlorene Marktanteile gegenüber seinen Konkurrenten zurück zu gewinnen: größer, schöner, vielseitiger. 200 solcher Märkte sind in diesem Jahr entstanden – geplant sind bis zu 1000. Jeder XL-Markt ersetzt 3 – 5 kleinere Filialen im Umkreis, die teilweise geschlossen werden. Den Mitarbeiterinnen wird gekündigt – bestenfalls werden sie versetzt. In den neuen XL-Filialen wird dann neu eingestellt – für bis zu 40 % weniger Lohn.

Schlecker hat für die XL-Märkte eine GmbH gegründet, begeht damit Tariffucht und umgeht die bei Schlecker mühsam erkämpften Betriebsräte, die immerhin eine gewisse Kontrolle des Gebarens der „Königsfamilie Schlecker“ bedeuten. Schlecker stellt das Personal für die neuen Märkte durch seine eigene Zeitarbeitsfirma „Meniar“ mit Sitz im ostdeutschen Zwickau ein.

Das bedeutet: Die Frauen werden „neu eingestellt“. Tariflöhne, Urlaubs- und Weihnachtsgeld, die manches Mal in 10, 20 oder mehr Jahren erworbenen Ansprüche auf Altersvorsorge oder bei fest Beschäftigten besserer Kündigungsschutz gelten nicht mehr. Stattdessen Niedriglöhne zwischen 6,50 und 8 Euro, 12 Tage weniger Urlaub, befristeter Vertrag mit 6 Monaten Probezeit, in der ohne Begründung gekündigt werden kann.

Wenn Schlecker damit durchkommt, wird das auch bei anderen Discountern und anderen Wirtschaftsbereichen Schule machen. Auch andere „Billigheimer“ halten Tarifverträge nicht ein. Zu diesen gehören Aldi, KiK und Lidl, aber auch viele namhafte Unternehmen wie etwa C & A, Peek & Cloppenburg, Woolworth, Hornbach, Ikea, Netto, Norma, Rossmann und Tchibo.

Und in allen Branchen wird die Krise von Unternehmen genutzt, Löhne zu drücken und ArbeitnehmerInnenrechte einzuschränken. Dagegen hilft nur solidarischer Widerstand von möglichst vielen.